

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 59 (1979)

Heft: 11

Artikel: Gemeinschaftshemmende Gemeinsamkeiten : "...Europäer sein hingegen sehr"

Autor: Bondy, François

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-163558>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FRANÇOIS BONDY

Gemeinschaftshemmende Gemeinsamkeiten

«... *Europäer sein hingegen sehr*»

Wird das direkt gewählte Parlament der Europäischen Gemeinschaft den Bürgern ein neues Gefühl der Einheit oder doch der engeren Verbundenheit, der Schicksalsgemeinschaft geben oder wird sich hier alles in Detailfragen über Zölle und Abschöpfungen verzetteln, die zwar von grossem praktischen Interesse sind, aber dennoch nicht in den politischen Horizont der Europäer treten, ihnen nicht das Gefühl vermitteln, dass Europa mit ihrem Alltag, ihren Entscheidungen zu tun hat? Warum sind die Europäer trotz ihrer Interessengemeinschaft, trotz ihres Kontrastes zum Sowjetimperium und ihrer Unterscheidung gegenüber den Vereinigten Staaten – beides ist Teil ihrer Eigenart – einander in diesen Jahren nicht viel entscheidender nähergerückt? Warum haben sie trotz der Ausschaltung der Konflikte, der Beilegung der Feindschaft noch immer Mühe, einander zu verstehen, sich zu verständigen? Für Europäer, die relativ frei ihre Zukunft bestimmen konnten, schienen damals, um 1950, alle Wege zu einem gemeinsamen Europa zu führen. Heute dürfen wir eher an die Novelle von Jorge Borges denken: «Die Pfade, die nirgendwohin führen.» Wir müssen uns fragen, was eigentlich die Europäer von diesem Ziel abgelenkt hat, dem auch extreme Nationalisten in Worten huldigen.

Dass die europäische Idee bei allen Hemmnissen und Enttäuschungen niemals ganz untergegangen ist, dass immer wieder neue Anläufe gewagt werden, ist eher erstaunlich als selbstverständlich. Wenn Karl Marx schrieb, dass sich die Menschheit jeweils nur Probleme stelle, die sie lösen könne, so ist diese Behauptung unbewiesen – und bisher auch nicht durch das «Projekt Europa» bestätigt. Wir kommen von ihm nicht los und nicht ab, und doch haben wir keine Gewissheit, dass eine weithin anerkannte Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen ist.

Bevor da Völkerpsychologie bemüht wird, deren letzter grosser essayistischer Vertreter Salvador de Madariaga Ende des vergangenen Jahres verstorben ist und die heute am ehesten von Humoristen wie dem Ungarn-Engländer George Mikes gepflegt wird, soll folgende Hypothese erwogen

werden: die europäischen Völker sind nicht nur durch ihre immer noch deutlich konturierten Verschiedenheiten getrennt – auch die «Amerikanisierung» hat sie nicht abgeflacht –, sondern auch durch gleichzeitige, gleichgerichtete Entwicklungen, die sonderbarerweise mehr Distanz als Kommunikation bewirken.

Wo sind die «Europäer»?

Eine solche Gemeinsamkeit ist das Schwinden einer bestimmten «kosmopolitischen» Schicht – fast hätte ich «Elite» gesagt! –, die nicht nur im übertragenen, sondern im unmittelbaren Sinn eine gemeinsame Sprache hat, welche zwischen den «Gründervätern» Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide de Gasperi übrigens die deutsche war.

Die grössere Vielfalt der Wirtschaftsverbindungen und dazu gehörigen Regelungen hat sprachlich nicht zu intensiverer Kommunikation geführt. Das Prestige der eigenen Sprache – die Minister im europäischen Ministerrat brauchen sie grundsätzlich – steht der vernünftigeren Entscheidung im Weg, die wäre, sich auf eine bis zwei «WeltSprachen» oder «Leitsprachen» zu einigen – es wäre Englisch und Französisch – und den Brüsseler Verhandlungen und Debatten die Sechssprachigkeit zu ersparen, die auch das dortige Amtsblatt belastet. Ein Nachteil unter andern ist, dass gegenwärtig die Übersetzungen der zahllosen Verordnungen nie schnell genug vorliegen.

Mit der Erweiterung der EG werden demnächst die Griechen, Spanier, Portugiesen ihr bedeutendes sprachliches Erbe geltend machen. Manche deutsche Bildungspolitiker empfehlen, dass in den Schulen drei bis vier Fremdsprachen gelernt werden sollen; sie erhoffen eine polyglotte Jugend, wo es doch bereits mit der Zweisprachigkeit nicht gut steht. Wer die Enqueten über den Rückgang des Französischen in deutschen Schulen kennt, muss vor so anspruchsvollen Lernzielen skeptisch bleiben. Mit grossen Massen junger vielsprachiger Europäer ist nicht zu rechnen. Nun sind unsere indoeuropäischen Sprachen – der Ausdruck «indogermanisch» ist selber ein Relikt des kulturellen Nationalismus! – bei aller Besonderheit übersetzbare, doch gilt das nicht für alle Bereiche im gleichen Mass. Zwischen Deutschen und Franzosen sind die Traditionen der Rechtsphilosophie und Jurisprudenz – um nur dieses Beispiel zu nennen – dermassen verschieden, dass auf diesem Gebiet die Übersetzungsschwierigkeiten erheblich sind.

Wie immer die Struktur – Konföderation, Föderation, eine Zwischenstufe –, seiner Idee gemäss müsste Europa eine «höhere Schweiz» sein;

der Ausdruck stammt von dem tschechoslowakischen Präsidenten Thomas Masaryk, der jedoch dieses Ideal in seiner Republik niemals verwirklichen konnte. Wer die immer wieder auftauchenden, nur mühevoll zu bewältigenden Schwierigkeiten der dreisprachigen Schweiz kennt, wird ahnen, dass ein sechs- bis neunsprachiger Bund nicht mit absoluter Sprachgleichheit funktionieren kann. Dominierende, für schnelle Verständigung nützliche Sprachen anerkennen heisst nicht, die politische Dominanz jener Staaten anerkennen, deren Muttersprache eine solche Leitsprache ist, sondern es bedeutet, die Eigenart auf bestimmten Bereichen den Imperativen der Verständigung unterordnen.

Sprachliche Balkanisierung kann Wirkungen haben, die jenen einer politischen Balkanisierung gleichen. Doch geht der «Trend» eher als zur gemeinsamen Verständigungssprache zur Aufwertung von Regionalsprachen. Die Iren halten sich zum Glück trotz der Wiederbelebung des Gaeilischen ans Englische, aber es könnte sein, dass die Katalanen und sogar die Basken als Sprachgruppen, deren Autonomie bis zur Selbständigkeit fortschreiten mag, den Anspruch auf linguistische Gleichberechtigung stellen. Immer heftiger wird der französische Sprachzentralismus getadelt, der für das Entstehen einer Kulturnation mit Weltgeltung doch nicht nur Nachteile hat. In manchen bundesdeutschen Ländern wird das Abschleifen von Mundarten zu einer gemeinsamen deutschen Hochsprache als elitär verurteilt. Gewiss wird Europa den Sprachen in ihrer Vielfalt mehr Raum geben als die Nationalstaaten, kann es selber doch niemals zu einer Sprachnation werden. Doch müssten die Konsequenzen einer extremen Vielfalt durchdacht werden.

Zu wenig «erfahrenes» Europa

Eine weitere, den europäischen Völkern gemeinsame Eigenart ist die mangelnde Mobilität der Studenten und der liberalen Berufe. Unter Ärzten macht nur eine verschwindende Minderheit von der Möglichkeit Gebrauch, sich in jedem Staat der Gemeinschaft niederzulassen und dort zu praktizieren. Bei den Anwälten wird es sich ebenso verhalten. Die Chancen, als «*Civis Europaeus*» in mehreren Ländern heimisch zu werden und Erfahrungen zu machen, die kein Tourismus vermittelt, wird von sehr wenigen genutzt. Für Studenten ist das Interesse, einige Semester im Ausland zu verbringen – ist Europa noch ganz «Ausland»? – und den Horizont zu erweitern, geringer als die begreifliche Sorge, dadurch die Studienzeit zu verlängern und die Karriere zu gefährden. Die Tendenz zu kürzerer Studienzeit wirkt gegen dieses europäische Erleben im günstigsten Alter. Die

Mobilität zwischen Hochschulen verschiedener Staaten ist gering, auch zeichnet sich keine genügende Europäisierung der Curricula ab. Die Kümmerform einer europäischen Universität in Florenz ist nur der Beweis, dass es zu keiner Europäisierung des Hochschulwesens kommt und die Regel national bleibt.

Interessen genügen nicht

Muss es eigentlich erst ein Europa geben, damit Europäer werden, oder sollte eine menschliche Gemeinschaft, ein Erfahrungshorizont von Europäern vorhanden sein, damit Europa wird? Es ist keine Alternative, beides ist notwendig. Es gab vor einem Drittelpjahrhundert Europäer, die von gemeinsamem Widerstand und andern Erfahrungen geprägt waren, das Bewusstsein gemeinsamer Aufgaben besassen – es gibt davon heute vielleicht weniger. Die Interessen allein ohne solche Voraussetzungen knüpfen kein zureichendes Band. Sie können ebensooft divergieren wie konvergieren. Wenn die Landwirtschaft als der einzige wirklich europäisierte Sektor der Gemeinschaft gilt, so ist der Agrarprotektionismus mit seinen hochsubventionierten, unverkäuflichen Überschüssen, der 70 Prozent des Gemeinschaftsbudgets beansprucht, ein Mechanismus, unter dem die einen leiden, während andere nutzniessen. Die Agrarpolitik könnte vom Bindemittel zum Sprengstoff werden. Man hat von Unumkehrbarkeit, von «point of no return» gesprochen – möglicherweise voreilig.

Eine zunächst schockierende, aber bedenkenswerte Lösung hat der italienische Publizist Luigi Barzini formuliert, der aus Machiavellis Vaterstadt Florenz stammt, wobei es jedem freisteht als Zynismus zu verdammen, was Barzini selber für Realismus ansieht. Barzini spricht von einem «Europa der Angst», und zwar nicht wegwerfend als von etwas Negativem, sondern als von etwas Notwendigem. Einem französischen Sprichwort zum Trotz hält er die Angst für eine gute Ratgeberin. Er weist darauf hin, Welch schnelle Fortschritte die Einigung im Zeichen der Furcht vor Stalin gemacht hatte. Für ihre Sicherheit blieben die Europäer der Gemeinschaft, die Westeuropäer überhaupt, auf die USA angewiesen. Vor einem Viertelpjahrhundert haben die Franzosen im Zusammenspiel von Gaullisten und Kommunisten das Projekt einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu Fall gebracht, damit keine deutsche Militärmacht entstehe. Dieses Ziel hat das französische Veto gründlich verfehlt. Nun sind die Rüstungen der Sowjetunion im sogenannten «Kalten Krieg» weit massvoller gewesen als in der Zeit der «Entspannung»; die massive Aufrüstung wird von vielen als Gefahr für Gleichgewicht und Sicherheit ge-

sehen. Diese Gefahr wirkt entweder lähmend oder sie schafft Impulse des europäischen Zusammenschlusses.

Es gibt derzeit ein europäisches Bedürfnis, sich gegenüber der erratischen amerikanischen Währung abzuschirmen; es ist die Sorge vor einer importierten Inflation – zusätzlich zu allen eigenen Inflationsquellen. Wäre es sonst zum kühnen Unternehmen eines neuen Währungsverbundes gekommen?

Zur Rhetorik der «guten Europäer» gehört, dass stets auf die inneren positiven Gründe der Einigkeit gewiesen wird, als seien äussere Gefahren und Störfaktoren irgendwie nicht auf der Höhe der grossen Idee. In Wirklichkeit gibt es fremdbestimmte, defensive Gründe der Einheit, die Notwendigkeit gemeinsamer Sicherheit und Absicherung. Da es sich so verhält, ist es besser, das auch auszusprechen. Vor den Sonntagsreden über die historisch fundierte gemeinsame europäische Kultur darf gewarnt werden.

Kultur als Band?

Publikationen der Europäischen Gemeinschaft – jedem, der diese Probleme verfolgt, unentbehrlich und zudem durchwegs gut redigiert – übertreiben zuweilen mit der Gleichsetzung zwischen europäischen Notwendigkeiten und europäischer Kultur. Als Europäer haben wir keine besondere Kultur, die uns etwa von den Amerikanern deutlich unterscheiden würde und aus welcher amerikanische Musik, Kunst, Romanliteratur noch weggedacht werden könnten. Eine der erwähnten Publikationen hat letztes Jahr ein Heft den kulturellen Gemeinsamkeiten der Mitgliedstaaten gewidmet, als gehöre Luxemburg anders zur europäischen Kultur als Norwegen oder Polen. Keine existierende oder voraussehbare Institution erfasst die ganze europäische Kultur; ein Teil ihrer Träger bleibt stets draussen. Kultur ist universaler als die Möglichkeiten und Notwendigkeiten bestimmter politischer Ordnungen. Ein Vermengen des politischen und des kulturellen Bereichs kann nur Konfusion stiften, Argumente gegen statt für europäische Einheit liefern.

Ein «Europa der Angst» – man kann auch delikater sagen: ein Europa der gemeinsamen Sorge um Sicherheit und solidarische Eigenständigkeit – ist begründeter als ein «Europa der Kultur». Es steht dazu nicht im Widerspruch, dass die Gemeinsamkeiten unserer so gar nicht nationalen Kulturen anerkannt werden, Sonett und Sonate, Ölbild und Roman waren nie «national». Die europäische Kulturgemeinschaft kann zur Selbstverständlichkeit werden, aber nicht zum Motiv für politische Konstruktionen, deren Entstehung andere Ursachen hat und anderen Bedürfnissen entspricht.

Europas «Dritte Welt»

Schliesslich stossen wir noch auf ein Paradox, das wiederum mehr mit gemeinsamen als mit verschiedenartigen Bestrebungen der Europäer zu tun hat. Der Weg der EG führt zu mehr Vertiefung und zugleich zu Ausweitung. Mehr demokratische Offenheit und Kontrolle einerseits und Aufnahme neuer Staaten anderseits. Sie sind ein Stück europäischer «Dritter Welt» im Vergleich des Lebensstandards und im Sinn von notwendiger Überbrückungs- und Entwicklungshilfe. Sie erwecken Befürchtungen hinsichtlich der Konkurrenz, aber die privilegierten Europäer können ihren Wunsch, junge gebrechliche Freiheiten gemeinsam in einem Europa zu verankern, nicht ignorieren. Die Gefahren der Ausweitung springen ins Auge. Die bisherige Eingespieltheit informeller Entschlüsse zwischen Vertretern von Staaten annähernd ähnlicher Strukturen geht verloren. Alles wird umständlicher werden. Auch bei allseitigem gutem Willen ist mit einer Verzögerung vor Entschlüssen zu rechnen, die gelegentlich schnell gefasst werden müssten.

Die Demokratisierung der Gemeinschaft scheint von gutem. Stimmt das aber durchaus? Mehr Demokratie – das kann bedeuten, dass noch mehr besondere Interessen sich zur Geltung bringen, dass es noch schwerer wird, ihnen gegenüber eine grosse Linie durchzusetzen. Dennoch wird Europa in beiden Richtungen – Demokratisierung und Ausweitung – fortschreiten, oder zerfallen. Es handelt sich nicht darum, auf diesen Fortschritt zu verzichten, sondern die damit verbundenen Schwierigkeiten zu erkennen, um sie aufzufangen und nach Möglichkeit zu mindern.

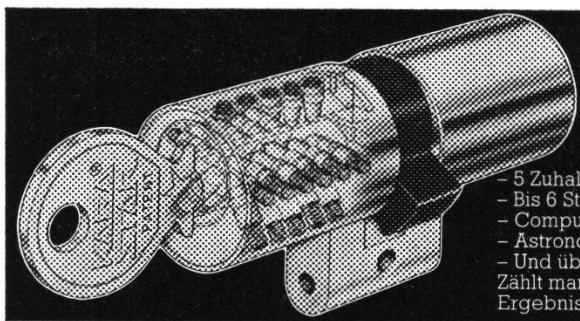
Immerhin hat die Richtung zu mehr Demokratie, wie sie die Parlamentswahlen bedeuten, ihre eigene Dynamik. Das zeigt sich insbesondere am Zusammenschluss nationaler Parteien nach programmatischer und weltanschaulicher Verwandtschaft – christliche Demokraten, Liberale, Sozialdemokraten. Sogar die Gaullisten haben in einer irischen Partei einen Partner gefunden. Am schwersten ist der Zusammenschluss für die vom Ursprung her internationale Bewegung der Kommunisten. Die italienische KP befürwortet schnelle Fortschritte der politischen und wirtschaftlichen Union, die französische Partei ruft zum Widerstand gegen eben diese Entwicklung auf. Wenn dageinst Spanien und Portugal dabei sind, wird sich zwischen deren Parteien – so wie sie heute sind – der gleiche Widerspruch zeigen. So sind die kommunistischen Parteien seltsamerweise die grosse Ausnahme unter jenen Zusammenschlüssen, die zu einer Horizonterweiterung der nationalen Parteien führen kann.

Ein letzter Punkt – es gibt noch deren viele, doch geht es hier um Exemplifizierung, nicht um Vollständigkeit – sei in Zusammenhang mit

den europäischen Wahlen erwähnt. Es ist die Frage des grossen oder geringen Interesses der Wähler, von denen so viele gar nicht wissen, was dieses Parlament wirklich ist und kann. Hier ist die Meinung oft zu hören, es sei zu begrüssen, wenn der Streit um Europa in den einzelnen Staaten möglichst dramatisch wird; das fördere ein europäisches Bewusstsein. Auch hier bleibt Raum für Skepsis.

Manche Völker sind in ihrer grossen Mehrheit für ein geeinigtes Europa, auch einzelne Regionen wie in Italien besonders Sardinien und Südtirol-Trentin. Es kann sein, dass gerade dort viele Wähler zuhause bleiben und zwischen Kandidaten von Parteien, die sich gleichermassen zu Europa bekennen, nicht entscheiden mögen. In andern Ländern – besonders Grossbritannien, Dänemark – besteht umgekehrt keine Einhelligkeit. Die Hälfte, vielleicht mehr als die Hälfte der Wähler möchte Misstrauen ausdrücken wollen. Starke Politisierung und Wahlbeteiligung kann diesen Zustand der Gespaltenheit und Verdrossenheit ausdrücken. Dass sehr grosse Wahlbeteiligung nicht immer mit stärkerem demokratischem Bewusstsein identisch ist, haben schliesslich die hohen Wählerzahlen in den Jahren der Agonie der Weimarer Republik bewiesen. Das ist wiederum nicht so zu verstehen, als sei etwa Wählerabstinenz zu empfehlen – das Gegenteil ist der Fall! Es ist nur eine Warnung vor Denkschablonen.

Auf die Rivalitäten und Antipathien, die im übrigen die Europäer trennen, die es ihnen schwer machen, sich zu vertragen, wurde hier nicht eingegangen. Die sind bekannt und werden reichlich kommentiert. Jene parallelen, gleichzeitigen, gemeinsamen Entwicklungen, die dennoch die «Europäisierung» der Bürger wie der Institutionen hemmen können, werden weniger beachtet, vermutlich unterschätzt. Es ist notwendig, ihnen vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden.



KABA® STAR
Das Schliesssystem
mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
- Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
- Computergesteuerte Schlüssel-Fräslungen in Hundertstel Millimetern.
- Astronomische Schliessvarianten.
- Und über 100 Jahre Erfahrung.

Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach CH-8620 Wetzenikon
Tel. 01/9316111
Telex 75 481 (875481)